

Ratssitzung vom 13.10.2014

Einbringung des Haushaltes 2015

Frau Kuhne wie auch der Oberbürgermeister betonten, dass der Sparzwang weiterhin gilt. Gerade die vom Land auferlegte Deckelung der freiwilligen Leistungen innerhalb des Gesamtetats von rund 300 Millionen Euro auf elf Millionen Euro verlangten nach Einsparungen, die Grenze sei kaum einzuhalten. Das Theater für Niedersachsen und das Roemer- und Pelizaeus-Museum würden aber definitiv nicht davon betroffen, ergänzte der OB, da diese unbedingt Planungssicherheit brauchen. Etatserhöhungen seien jedoch auch nicht möglich. Trotz der angespannten Lage schlägt Meyer erneut eine neue Kita-Entgeltstaffel vor. Beim ersten Versuch hatte der Rat sie abgelehnt, die Politiker wollten sie im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf beraten. Großes Thema waren die Investitionen. 2015 will die Stadt deshalb rund 30 Millionen Euro investieren, vor allem für Bauvorhaben (14 Millionen Euro, knapp sieben Millionen Euro in Schulen). Die Aussichten auf die kommenden Jahre erfüllt die Finanzdezernentin mit Sorge und machen eine Prioritätenliste dringend nötig. Denn laut einer Analyse des Finanzdezernats stünden bis 2025 Investitionen von 300 Millionen Euro an – ein Bedarf, den Kuhne beunruhigt. Zugleich soll der Schuldenberg weiter abgetragen werden von derzeit 109 Millionen Euro auf 78 Millionen Euro im Jahr 2018. Um die Einnahmeseite zu verbessern, will die Stadt bei anstehenden Neuverhandlungen des Finanzvertrags mit dem Landkreis mehr Geld fordern, unter anderem für den Betrieb von Kitas und die Betreuung von Asylbewerbern. Der Haushaltsentwurf wird nun in den Ratsausschüssen und den Fraktionen detailliert beraten, am 13. Dezember soll der Rat den Etat verabschieden.

Verzicht auf die Ausschreibung der Stelle der Stadtkämmerin und Wiederwahl der Stadtkämmerin Frau Antje Kuhne für eine weitere Amtszeit

Frau Kuhne wurde mit Wirkung vom 16.07.2007 zur Stadtkämmerin ernannt. Die achtjährige Amtszeit endet am 15.07.2015. Ein Jahr vor Ablauf der Amtszeit darf die Wiederwahl von Frau Kuhne stattfinden. Die Wiederwahl von Frau Kuhne muss aber spätestens am 15.01.2015 stattfinden, also ein halbes Jahr vor Ablauf der Amtszeit. Die Amtszeit beträgt 8 Jahre. Mit Wirkung vom 16.07.2015 wurde Frau Antje Kuhne für eine neue Amtszeit von acht Jahren zur Stadtkämmerin wiedergewählt. Auf eine Ausschreibung der Stelle wurde verzichtet.

Sachstandsbericht zum Welterbe- und Welcome Center im Tempelhaus

Herr Meyer-Mertel gab einen Zwischenbericht zur Entwicklung des Welterbe- und Welcome Centers ab. Herr Lothar Meyer-Mertel gab an, dass der Zeitplan eingehalten wird und erklärte, dass der Umbau des Tempelhauses in ein Welterbe- und Welcome-Center den Haushalt der Stadt nicht belasten wird. Meyer-Mertel verhandelte mit dem Gebäudeeigentümer, dass die Kosten mit der Miete abgerechnet werden.

Realisierung einer sicheren Unterbringung der IuK-Technik der Stadt Hildesheim (IT-Technikraum)

Das bestehende Rechenzentrum der Stadt Hildesheim, dessen Haupttechnikraum sich im Dienstgebäude der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) in der Marktstraße 13A befindet, entspricht nicht mehr dem Stand der Technik und es ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, einen neuen Standort für ein Rechenzentrum zu finden. Es ist daher beabsichtigt, die städtische zentrale IuK-Technik mit einer Rechenzentrumslösung nach dem aktuellen Stand der Technik abzusichern, um Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität elektronischer Daten und Verfahren zu gewährleisten. Ziel ist eine räumliche Unterbringungslösung, die nicht nur den gegen-

wärtigen Bedarf der IuK abdeckt, sondern erkennbare zukunftsgerichtete Entwicklungen berücksichtigt und den Erfordernissen einer modernen IuK in angemessener Weise Rechnung trägt. Das beinhaltet auch, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes bei Störungen gewährleistet wird. Durch die Verteilung der Technik auf zwei Standorte würde dies erreicht, wenn jeder Standort für sich mindestens 50% der EDV-Last tragen könnte. Um die Kosten für weitere notwendige Investitionen zu senken, sind idealerweise bereits im Zuge dieser IT-Technikraumlösung die Anforderungen der Feuerwehr an einen störungsfreien Betrieb auch im Katastrophenfall zu berücksichtigen. Aus verschiedenen Möglichkeiten wurde die Variante mit den Standorten bei der Feuerwehr und der EVI als mit die wirtschaftlichste gewählt.

Außerplanmäßige Auszahlung für investiven Bedarf des FB Tiefbau und Grün

Aufgrund der Rahmenbedingungen des Zukunftsvertrages in einer personellen Begrenzung der Ausstattung des Bauhofes und laufender Effizienz Anpassung hat sich die Notwendigkeit ergeben, die technische Ausstattung des Bauhofes zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Benötigt werden Geräte, Container etc. im Wert von 150.000 Euro. Diese dringend notwendigen Anschaffungen wurden genehmigt.

Investition in nationale Städtebauprojekte, Beteiligung am Projektauftrag

Das Bundesbauministerium hat ein neues Förderprogramm für Investitionen in nationale Städtebau-Projekte mit 50 Mio. Euro (2014 – 2018) aufgelegt. Der Schwerpunkt liegt auf Projekten in den Bereichen Denkmalschutz, bauliche Kulturgüter mit außergewöhnlichem Wert, energetische Erneuerung sowie Grün in der Stadt. Eine Jury bewertet ebenso gute Ideen für die Zukunft einer Stadt und städtebauliche Aufgaben mit nationaler Relevanz, die beispielgebend sind für die Lösung von drängenden Stadtentwicklungsaufgaben. Finanzschwache Kommunen profitieren durch einen Finanzierungsanteil durch den Bund von bis zu 90 Prozent. Interessierte Städte sind aufgerufen, bis 22. September 2014 Projekte beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einzureichen. Es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Die Auswahl und die Vergabe der Fördermittel sollen noch in diesem Jahr erfolgen.

Konzept zur Fortsetzung und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit an Hildesheimer Schulen

Die Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit mit Schüler/innen an Hildesheimer Schulen und hat sich in den letzten Jahren, insbesondere im Aufgabenfeld Übergang Schule - Beruf als sinnvoll und wirksam erwiesen. Bei der Stadt Hildesheim sind 2,1 Personalstellen für Schulsozialarbeit vorhanden, die durch das Hauptschulprofilierungsprogramm des Landes Niedersachsen mitfinanziert werden. Tätig sind die Schulsozialarbeiter an der Geschwister Scholl Schule, Anne Frank Schule und an der Hauptschule Alter Markt. Die Weiterführung dieser Schulsozialarbeit wurde beschlossen. Beraten wurde auch die befristete Schaffung von zwei 0,5 Personalstellen für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2016 für Schulsozialarbeit an der Renataschule und der Geschwister-Scholl-Schule. Über diese zwei Stellen wird im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushalt 2015 entschieden.